

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33 327. — Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 1/2 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementpreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Selbst-abböler monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. (einschl. Postgeld). — Einzelnummer 10, mit illustrierter 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennerdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschtzdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtzdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischjähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Siele, Inh. Walter Siele. Verantwortlich: Walter Siele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die Tagespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kleinzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage: „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisföhrung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 116

Bad Schandau, Freitag, den 20. Mai 1932

76. Jahrgang

## Ergebnis der Woche

Es kriselt.

R. P. Es kriselt heutzutage überall in der Welt. Die politische Atmosphäre ist gleichsam mit elektrischer Hochspannung geladen, die da und dort bereits elektrisch Funken ausprüht, so daß man fürchten muß, einer dieser Funken könnte ein irgendwo stehendes Pulverfaß zur Entzündung bringen. In Tokio erzwingt ein politischer Mord die Umbildung des Kabinetts. In Frankreich dürfte der durch die Wahlen gekennzeichnete Volkswille einen Kurswechsel mindestens in innerpolitischer Beziehung zur Folge haben. Die belgische Regierung mußte wegen ihrer unnachgiebigen Einstellung in der Sprachenfrage ihren Rücktritt nehmen. Und auch die österreichische Regierung, die durch die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes und Staates bisher vergeblich bemüht war, auswärtige Hilfe zu erlangen, sah sich gezwungen, diese Aufgabe neuen Kräften zu überlassen. Besonders Hellhörige wollen wissen, daß es auch in Deutschland kriselt. Die Wahlen des 24. April müssen zwangsläufig zu einer Umgestaltung der betroffenen Regierungen führen. In Preußen trifft man gerade die ersten Vorbereitungen, um parlamentarisch-organisatorisch die ersten Schlußfolgerungen zu ziehen. Ob man gleich auch die Neuwahl des Ministerpräsidenten in der am 24. Mai beginnenden ersten Tagungsperiode des neuen Landtages wird vornehmen können, hängt von Umständen ab, die erst in den Fraktionszimmern geklärt werden müssen. Wahrscheinlicher ist, daß man nur zu einer kurzen Sitzung zur Bildung des Landtagsbüros zusammentreten wird, bis durch die notwendigen Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum Klarheit über die Regierungsbildung geschaffen ist. Aber auch innerhalb der Reichsregierung stehen Veränderungen bevor, wie sie durch den Rücktritt Groeners als Reichswehrminister und Warmbolds als Reichswirtschaftsminister zwangsläufig geworden sind. Borerit befaßt sich das Reichskabinett mit Fragen rein sachlicher Natur, während man angeblich die personellen Fragen zurückgestellt hat. Aus der Unterredung des Kanzlers mit dem General von Schleicher und Dr. Goerdeler sind aber im In- wie im Ausland Schlußfolgerungen gezogen worden, die nicht ganz unbeachtlich sind. Der zuerst in der deutschen Presse aufgetauchte Verdacht, daß die Reichswehr oder mindestens ihre leitenden Generale versuchen, Einfluß auf die Reichspolitik zu gewinnen, ist jetzt besonders in der französischen Öffentlichkeit aufgegriffen worden, und zwar in einem Sinne, der, wie nicht anders zu erwarten ist, Deutschland nicht gerade wohl will.

Eile tut not.

Von MacDonald stammt das Wort, daß die Staatsmänner sich beeilen müßten, die Friedensverträge abzuändern, weil sie sonst nicht durch die Waffen des Geistes, sondern durch die Waffen der Gewalt geändert würden. Man kann nicht behaupten, daß man in Paris der gleichen Meinung wäre. Jedenfalls lassen alle nach den Wahlen von maßgeblicher Seite bekanntgewordenen Verkaufbarungen nicht darauf schließen, daß man in eine Aenderung der Verträge einzuwilligen bereit wäre. Der wahrscheinliche Nachfolger Tardieus, Herriot, ist zwar mit seinen Äußerungen jetzt außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend. Trotzdem kann man aus einem von ihm in der „Cre nouvelle“ veröffentlichten Artikel entnehmen, daß er sich in der Abriistungsfraße den Standpunkt Paul-Boncour zu eigen macht. Dieser unterscheidet sich von dem Tardieus nur darin, daß die Forderung nach einer Völkerebundarmee nicht zutage tritt. Im übrigen aber stellt er sich mit Paul-Boncour und Tardieu auf den gleichen Standpunkt: erst Sicherheit, dann Abriistung! Wir haben auch gerade in diesen Tagen ein greifbares Beispiel für die unabänderliche Haltung Frankreichs in der Behandlung Deutschlands mit der Ablehnung des deutschen Antrages hinsichtlich eines Verbots der Luftwaffe erlebt. Der von Frankreich vorgeschobene belgische Delegierte Brouder lehnte die deutsche These von der in den Versailles Bestimmungen verankerten Forderung auf völlige Abschaffung der Militärflugfahrt, ferner aber auch auf Gleichberechtigung und Gleichstellung der Rüstungen ab. Der französische Delegierte unterstrich die Ausführungen Brouderes und damit die Unüberbrückbarkeit der Gegenläge in sämtlichen Abriistungsfragen. Denn mit dieser französisch-belgischen Erklärung, die durch das Abstimmungsverhältnis von 22:7 noch eine besondere Unterstreichung zugunsten der Abriistungsgegner fand, wird zum ersten Male ganz offen die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands in schroffster Weise abgelehnt. Es ist eigentlich nicht zu erkennen, wie nach dieser Bestätigung einer grundsätzlichen Abriistungsfraße die Abriistungskonferenz noch zu einem ihrer Aufgaben entsprechenden Ergebnis kommen soll.

In Genf fährt man langsam.

Zu den Aufgaben des Völkerebundes gehört die Nachprüfung undurchführbarer Verabredungen. Bisher hat

man jedoch niemals davon Gebrauch gemacht, weil eine solche Nachprüfung regelmäßig den Zielen der Schöpfer des Versailles Diktats entgegenstehen müßte. Die Danziger Regelung ebenso wie der Korridor, der einen Teil deutschen Landes willkürlich vom Gesamtkörper des Reiches trennt, sind längst als unhaltbar und gefährdend für den Weltfrieden erkannt worden. Niemand aber von all den Gewaltigen der europäischen Politik hat bisher den Mut ausgebracht, sinngemäß den Bestimmungen des Völkerebundesstatuts zu entsprechen. Die zahlreichen Beschwerden, Klagen und Eingaben aus diesen willkürlich vom Reich getrennten Gebieten an den Völkerebund sind unerschütterliche Beweise für die Notwendigkeit einer Vertragsrevision. Polens geheimes Ziel ist es seit Jahr und Tag, Danzig ebenso wie feinerzeit Wilna dem polnischen Reich einzuverleiben. Eine offene Annexion hat man bisher vermieden. Um so mehr hat man aber Mittel und Mittelchen angewandt, um dem Danziger Freistaat und der Danziger Bevölkerung das Leben so schwer wie möglich zu machen. Bei der Schaffung des Danziger Freistaatesgebietes in Versailles hat man der Danziger Bevölkerung versprochen, daß sie in ihrer wirtschaftlichen Verbindung mit Polen eine „wirtschaftliche

Blüte“ erlangen würde, wie es im Verband des Deutschen Reiches bisher nicht der Fall war. Der Danziger Senatspräsident Dr. Ziehm konnte dem Völkerebundsrat in diesen Tagen ein Bild der wirtschaftlichen Zerrüttung durch die Loslösung vom Reich und die wirtschaftliche Anlehnung an Polen entwickeln, wie es dunkler und erschütternder nicht sein konnte. Für den Völkerebund kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Polen mit wirtschaftlichen Maßnahmen Danzig auf die Knie zwingen, d. h. es veranlassen will, sich Polen wirtschaftlich und politisch restlos zu unterwerfen. Eine durch solche Sabotierung der Danziger Wirtschaft aufgeworfene Streitfrage fand jetzt in Genf dadurch eine scheinbare Lösung, daß Polen einem Vorschlag des englischen Unterstaatssekretärs Eden zustimmte, womit sich Polen einer Entscheidung des Danziger Völkerebunds kommissars unterwirft. Polen hatte allen Grund, es auf eine eingehende Nachprüfung der strittigen Punkte nicht ankommen zu lassen. Im übrigen hat es einige Erfahrungen darin, seine Ziele auch gegen den Völkerebund damit zu erreichen, daß es sich einem Völkerebundsbeschluß unterwirft — um ihn dann nicht auszuführen. Es gewinnt damit Zeit, und der Zermürbungsprozess erleidet keine Unterbrechung. In Genf fährt man halt lanalam. . .

## Kabinettskrise oder Kabinettsergänzung?

Berlin. „Der Deutsche“, das Organ der Gewerkschaften, unrcicht die innerpolitische Lage u. a. wie folgt: „Eine Ergänzung des Kabinetts ist notwendig. Das Reichswehrministerium ist zu belegen, desgleichen das Wirtschaftsministerium. Ob Groener tatsächlich die Leitung des Innenministeriums behalten wird, ist fraglich. Weiter ist anzunehmen, daß der Kanzler auf die Dauer das Außenministerium nicht mitverwalten will. Die Minister Schiele und Schlange scheinen gefährdet, wie die Haltung der Parteien zu den unerledigt gebliebenen Mißtrauensanträgen erkennen ließ. Auch der Finanzminister Dietrich ist seit längerer Zeit unzufrieden. Es ist begreiflich, daß es sich hier um mehr als um eine Ergänzung des Kabinetts handeln würde. Es würde sich um eine völlige Umbildung handeln. Der Kanzler könnte allein darüber nicht entscheiden. Der Wille des Reichspräsidenten müßte miteinscheiden. Es muß also zuerst die Frage geklärt werden: Ergänzung oder Umbildung des Kabinetts? Selbst bei den nationalsozialistischen Führern, die wie Straßer für eine Annäherung an Brüning sind, ist keine Meinung, vor der Reparationskonferenz in Lausanne — man muß übrigens mit einer Verschiebung rechnen — außenpolitische Verantwortung mit zu übernehmen. Wenn einmal darüber herrscht Klarheit, ob und unter welchen Bedingungen die Nationalsozialisten bereit sind, in Preußen sich mit dem Zentrum zu verständigen. Wenn also der Kanzler mit der Möglichkeit — wenn nicht Wahrscheinlichkeit rechnen muß, daß die Nationalsozialisten eine Übernahme der Verantwortlichkeit ablehnen werden, so muß er an eine Ergänzung des Kabinetts denken.“

### Die Arbeiten des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinett setzte gestern nachmittags seine Beratungen über die Finanz-, Wirtschafts- und sozialen Fragen weiter fort. Die Beratungen wurden nach kurzer Zeit abgebrochen, um heute Abend fortgesetzt zu werden. In unterrichteten Kreisen rechnet man nunmehr damit, daß die Gesamtberatungen des Reichskabinetts Mitte bis Ende der nächsten Woche abgeschlossen sind, da nach der Vereinigung der mit den sozialen Haushalten zusammenhängenden Fragen die Klärung der weiteren Fragen des Reichshaushalts und der Arbeitsbeschaffung verhältnismäßig schnell von statten gehen dürften.

Es dürfte nunmehr feststehen, daß eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge nicht erfolgt. Es dürfte lediglich eine gewisse Angleichung der Krisenfürsorge an die Arbeitslosenversicherung erfolgen, und zwar dürfte sich bei beiden die Notwendigkeit herausgestellt haben, die Unterstüfungsdauer zu verkürzen. Es scheint an eine Herabsetzung der Unterstüfungsdauer auf je 16 nach anderer Lesart auf je 13 Wochen gedacht zu sein. Zum Ausgleich der Fehlbeträge in den Gemeinbehörden dürfte man weiter an die Beibehaltung der Bürgersteuer denken, um die Unterstüfung der Wohlfahrtsverbände sicherzustellen. An weiteren Maßnahmen zur Angleichung der Sozialhaushalte dürfte an eine Kürzung der Jubiläumsrenten und an eine Einbeziehung sämtlicher Festbesoldeten, also auch der Beamten, in die Krisensteuer gedacht sein. Eine Entscheidung ist jedoch in allen diesen Fragen noch nicht gefallen. Fest steht lediglich, daß die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge abgelehnt worden ist.

Zu politischen Kreisen rechnet man damit, daß das Kabinett den Haushalt Ende nächster Woche dem Reichsrat zu leiten wird, der ihn dann voraussichtlich um den 10. Juni herum an den Reichstag weiterleiten dürfte.

Nach Abschluß der Kabinettsberatungen wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind anscheinend auch alle Personalfragen des Kabinetts verurteilt. Man rechnet nunmehr in politischen Kreisen damit, daß das Reichswehrministerium kommissarisch mit Ge-

neral v. Schleicher und das Reichswirtschaftsministerium kommissarisch mit Dr. Goerdeler besetzt wird. Es scheint nicht ausgeschlossen zu sein, daß alle weiteren Fragen der Kabinettsumbildung bis nach Abschluß der Konferenz von Lausanne verurteilt werden.

Deutschnationale verlangen Reichstagsaufrufung.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat bei dem Reichstagspräsidenten erneut die Einberufung des Reichstages zum 24. Mai beantragt, unter gleichzeitiger Mitteilung ihres Schrittes an die übrigen Oppositionsparteien.

## Der neue Preukenturs

Die Ziele der NSDAP.

Berlin, 20. Mai.

Der Führer der nationalsozialistischen preußischen Landtagsfraktion Rube äußert sich über die dringenden Aufgaben, die der preußische Landtag zu lösen haben wird im „Nationalsozialistischen Preußischen Pressedienst“ u. a. folgendermaßen:

„Der neue Landtag hat außerordentlich bedeutsame Aufgaben zu lösen. Im Vordergrund steht nicht — wie man es von gewisser Seite wahr haben will — die Regelung der preußischen Finanzen, sondern die Regelung des deutschen Rechts in Preußen und die Säuberung der Verwaltung und der Polizei, sowie der Schule von ungeeigneten Elementen.“

Im Zusammenhang mit dieser Äußerung schreibt der „Angriff“:

Die Möglichkeiten der Regierungsbildung sind, zumal die Richtlinien, die Adolf Hitler der nationalsozialistischen Fraktion erteilt hat, noch nicht bekannt gegeben sind, noch völlig offen.

Der bisherige preußische Landtag hat bekanntlich die Bestimmung der Geschäftsordnung über die Wahl des Ministerpräsidenten geändert, so daß ein Ministerpräsident nur von einer absoluten Mehrheit gewählt werden kann. Im neuen preußischen Landtag sind nun die Mehrheitsverhältnisse ganz anders geworden. Schon jetzt steht fest, daß eine Beseitigung dieser Aenderung leicht möglich erscheint.

Es würde dann also wieder eine Wahl des Ministerpräsidenten mit relativer Mehrheit leicht möglich sein, das heißt, es würde, wenn im ersten Wahlgang kein Ergebnis erzielt wird, eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten erfolgen, die die meisten Stimmen haben. Diese Stichwahl dürfte den nationalsozialistischen Kandidaten, dessen Person gleichfalls noch von Adolf Hitler bekanntgegeben wird, als Sieger sehen.

Hitler in der Preußenfraktion der NSDAP.

Am Donnerstagsvormittag trat die nationalsozialistische Landtagsfraktion, und zwar im Hotel Prinz Albrecht, zu ihrer ersten Fraktionsitzung zusammen, in der Adolf Hitler die Richtlinien für die Haltung der Fraktion ausgab. Neben dem Inhalt dieser Richtlinien ist bisher nichts bekannt gegeben worden. Aus einem Artikel des Abgeordneten Rube geht aber hervor, daß die Nationalsozialisten zum Landtagspräsidenten den Justizoberrentmeister Hanns Kerr präferieren werden, der, wie Rube feststellt, als einziger der alten Abgeordneten der NSDAP, im Landtag nie einen Ordnungsruf erhalten hat.